

Simburger Anzeiger

Zugleich amtliches Preisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Preishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werktags).
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 M. ohne Postbestellgeld.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur: Hans Antke.
Druck und Verlag der Firma Schindler'scher Verlag und Buchdruckerei in Simburg a. d. Bahn.

Anzeigenpreis: die gespaltene 3-Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pfg. Die 91 m/m breite Reklamezeile 1.50 M.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 72

Simburg, Montag den 29. März 1920

83. Jahrgang

Aus dem Ruhrgebiet.

Von der Kampffront.

Wie die Berliner Blätter melden, wurden ungefähr 3200 Mann roter Truppen in Dülmen angegriffen und zurückgeworfen. Die roten Truppen hatten schwere Verluste. Berichte aus dem Kampfgebiet bestätigen, daß der Kern der roten Armee aus Ausländern besteht. Auch deutsche Offiziere haben sich an ihre Spitze gestellt. So nennt der „Münsterische Anzeiger“ den Hauptmann von Beerfelde und den Hauptmann Boelde, der ein Bruder des berühmten Kampfliegers ist.

Wie das „B. L.“ meldet, ist der Führer der Sturmkompanie Pflug-Hartung, der Hauptmann von Pflug-Hartung, durch eine Handgranaten-Explosion getötet worden.

Keine Lebensmittel aus Holland.

Haag, 26. März. (W. B.) Zu der Debatte über die Ankunft der vier rheinischen Delegierten im Haag erzählt das niederländische Korrespondenzbüro von zuständiger Seite, daß diese Delegierten einer Kommission von rheinisch-westfälischen Städten angehören, welche schon vor längerer Zeit Unterhandlungen mit Holland zum Zwecke der Lieferung von Lebensmitteln angeknüpft haben. Das Korrespondenzbüro fügt hinzu, daß es nicht zu Verhandlungen mit den vier Delegierten gekommen sei.

Eine Generalstreikdrohung.

Berlin, 27. März. Die Gewerkschaftskommission fordert vom Reichspräsidenten die Zurückziehung aller Truppen aus dem Ruhrgebiet unter Drohung mit dem Generalstreik.

Die Polen

Es stellt sich immer mehr heraus, daß die gefährlichsten Schürer des Kampfes im Ruhrgebiet die polnischen Arbeiter sind, die mit unglaublicher Frechheit auftreten und hauptsächlich die zahlreichen Grenulanten gegen Gefangene auf dem Gewissen haben. Auch jetzt findet noch ein dauernder Zugang von Polen statt.

Bolschewismus?

Amsterdam, 26. März. (W. B.) Londoner Nachrichten zufolge vermutet man, daß ein Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Deutschland und den heftigen Angriffen des russischen Bolschewistenheeres an der polnischen Front besteht.

Seetät über die militärische Lage.

Berlin, 26. März. (W. B.) Der neuernannte Militärberichterstattung Seetät äußerte sich in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Tageblattes“ über die von ihm nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Unternehmens getroffenen Maßnahmen. Er sagte, daß in Berlin eine gründlich organisierte kommunistische Bewegung nicht existiere, dagegen sei die Lage im Ruhrgebiet sehr ernst. Die Vorfälle der Verhandlungen seien zweifellos gewesen. Die rote Armee sei gut ausgerüstet und gefährlich. Auf die Heereslage zu sprechen kommend, führte Seetät aus, daß ein Soldatenheer, wie es uns durch den Friedensvertrag aufgenötigt worden sei, immer eine Gefahr im Staate bilde.

Ein Appell der Reichsregierung an die Arbeiter im Ruhrgebiet.

Berlin, 26. März. (W. B.) Die Reichsregierung hat an die Bevölkerung des Rheinlands und Westfalens einen Aufruf gerichtet, in dem die Arbeitstruppen aufgefordert werden, jetzt, nachdem der Anschlag der Reaktion zurückgewiesen sei, sofort zur Arbeit zurückzukehren und die Waffen wieder abzugeben. Noch jetzt weiterkämpfende Arbeitstruppen schädigen das Volk und das Vaterland aufs schwerste. Sie müssen deshalb, wenn nichts anderes hilft, mit militärischen Mitteln zur Ordnung zurückgebracht werden. Arbeiter und Bürger des Ruhrgebietes! Wir rufen euch zur Besonnenheit und zur Rückkehr zur Arbeit auf; denn nur so schützt ihr Freiheit und Ordnung!

Eine Erklärung des Aktionsausschusses.

Köln, 26. März. (W. B.) Dem Reichskommissar ist folgende Erklärung des Aktionsausschusses in Hagen zugegangen: Der Aktionsausschuss in Hagen erkennt die von der Weissenhof-Kommission in Bielefeld gegebenen Richtlinien an. Sämtliche Aktionsausschüsse werden aufgefordert: 1. Eine gleiche Erklärung abzugeben; 2. für die Durchführung dieser Bedingungen Sorge zu tragen; 3. die wilden ungesetzlichen Beschagnahmen, insbesondere von Lebensmitteln, im Interesse der Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung zu unterlassen. Nur so wird es möglich sein, weiteres Blutvergießen zu verhindern und einschliches Unheil von dem Industriegebiet und dem ganzen Reich abzuwenden.

Nachwehen des Kapp-Putsches.

Rücktritt General Wärders.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, hat General Wärders sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Die Haltung der Studentenschaft.

Die Vertretung der Deutschen Studentenschaft, Hauptgeschäftsstelle Göttingen, erläßt folgende Erklärung: Ueber die Beteiligung weiter Kreise der Deutschen Studentenschaft bei den letzten Ereignissen herrschen überall Unklarheiten. Es sei daher mit aller Entschiedenheit festzustellen: Als im vorigen Jahre die Regierung Ebert-Bauer ungewiß war, ob sie des drohenden Bolschewismus Herr werden könnte, wandte sie sich auch an die Deutsche Studentenschaft und erbat dringend deren Hilfe. Die Hochschulen, Behörden usw. haben alles getan, um die Studenten zu dem Eintritt in die Reichswehr zu veranlassen, die Deutsche Studentenschaft

folgte in großen Massen diesem Rufe und trat außer in die Einwohnereinheiten in die Zeitfreiwilligen-Bataillone und in die Technische Rosthilfe ein. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft unterstützte dieses Vorgehen. Als die ersten Nachrichten von dem Umsturz in Berlin eintrafen, wurden die Studenten, die sich der Regierung Ebert-Bauer verpflichtet hatten, aufgeboten, da die Gefahr bestand, daß die verlorene Lage von irgend einer Seite ausgenutzt würde. Es ist somit unabweisbar, daß sich die Deutsche Studentenschaft hinter eine Regierung Kapp gestellt hat.

Von der Berliner Sicherheitswehr.

Berlin, 25. März. Die aus der Berliner Sicherheitspolizei wegen ihrer republikanischen Gesinnung entlassenen Offiziere und Mannschaften sind auf Befehl des Ministers heute wieder eingestellt worden. Auch ist die Neuernennung von Mannschaften zu Offizieren, die der inzwischen entlassene Geheimrat Doye abgelehnt hatte liegen lassen, jetzt von seinem Nachfolger, dem Major von Riedorf, früherem Abteilungschef des Heeresabwärtungsamtes, in die Wege geleitet worden. Den Soldaten der Reichswehr ist das Tragen von Halentreuzen verboten worden.

Eine Zentral-Beschwerdestelle.

Zur Entgegennahme von Beschwerden über Uebergriffe, Ausschreitungen oder ungewöhnliches Vorgehen von Reichswehrtruppen ist im Reichstagsgebäude, Zimmer 9 D, Portal V, eine Zentralstelle für das deutsche Reich eingerichtet worden. Sie wird vom Oberstleutnant Bräggemann geleitet, dem der Reichstagspräsident Vogel-Rürnberg zur Seite steht. Alle Beschwerden der oben erwähnten Art sind an diese Zentralstelle zu leiten.

Die Neuerungen im Bezirk der Reichswehrbrigade XI.

Bad Nauheim, 26. März. (W. B.) Zu der Meldung über Einsetzung eines Militärberichterstatters in Hessen teilt das Brigadefeldkommando mit: Im Gebiet der Reichswehrbrigade XI wurden am 18. Februar drei Regierungskommissare eingesetzt, um den landesmännischen Wünschen entgegenzukommen. Ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit stichlich weit getrennten Regierungskommissaren erwies sich in der Praxis für das Brigadefeldkommando nicht durchführbar. Es ist deshalb auf Antrag des Brigadefeldkommandos für Hessen der Infanterieführer 11 in Bad Nauheim als Militärberichterstatler eingesetzt worden. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurden im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten Dr. Schwan der auch einige umschlossene preussische Teile der Provinz Hessen-Nassau dem Infanterieführer 11 mit unterstellt. Dieser Zustand gilt nur für die Zeit des jetzigen Ausnahmezustandes. Die Truppen im Freistaat Hessen bleiben auch weiterhin dem Generalleutnant von Stolzmann unterstellt. Eine ähnliche Regelung ist auch für Thüringen in Vorbereitung.

General v. Stolzmann bleibt.

Frankfurt a. M., 26. März. (W. B.) Zu der Darmstädter Meldung, daß Generalleutnant von Stolzmann entlassen sei, teilt der Infanterieführer 11 mit: Die in den Tageszeitungen heute allgemein verbreitete Ansicht, Generalleutnant von Stolzmann sei entlassen, ist falsch. General v. Stolzmann ist nach wie vor Kommandeur der Reichswehrbrigade XI. Die Einsetzung des Generalmajors Runt als Militärberichterstatler auch in den an den Freistaat Hessen angrenzenden preussischen Teilen ist aus Zweckmäßigkeitsgründen durch Generalleutnant v. Stolzmann selbst angeordnet worden.

Die Schwankungen der Mark während der Kappherrschaft.

Der Züricher Mitarbeiter der „Börsen Zeitung“ meldet unter dem 20. März: Während der verflochtenen Woche zeigte die Entwicklung des Marktfusses ein seltsames Bild. Nach einem heftigen Sturz erfolgte rasch eine erhebliche Kursverbesserung. Als dann die Nachricht von der Beseitigung der Kapp und Genossen eintraf, hatte die Mark wieder fast den Stand erreicht, den sie vorher eingenommen hatte, der in der Schweiz eine Erhöhung von drei Punkten gleich 60 Pct. von dem höchsten Kurs der Mark bedeutet. Diese Tatsache darf als Vertrauens- und Beruhigung der neutralen Länder für die deutsche Demokratie und für die Festigung des demokratischen Gedankens in Deutschland angesehen werden. Wir lassen im Anhang an vorstehendes eine Übersicht, welche die Schwankungen des Marktfusses in Zürich während der kritischen Tage erkennen läßt, folgen:

12. 3.	8,15	16. 3.	7,35	19. 3.	7,50
13. 3.	7,10	17. 3.	7,25	20. 3.	7,40
15. 3.	6,25	18. 3.	7,35	22. 3.	7,20

Dänische und schwedische Glückwünsche.

Berlin, 26. März. (W. B.) Wie wir erfahren, haben der dänische und der schwedische Gesandte in Berlin der deutschen Regierung die Glückwünsche ihrer Regierungen zur Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes ausgesprochen.

Die Regierungskrise.

Die anderen Berufsstände melden sich.

Berlin, 28. März. Eine Reihe von Organisationen, darunter der Hansabund, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, der Bund der Handwerker, die akademischen Berufsstände, das Kartell der technischen Berufe, der Bund der Landwirte, die Handelsgemeinschaft des Einzelhandels haben beim Reichspräsidenten gegen jede Umgehung der verfassungsmäßigen Bestimmungen Einspruch erhoben und die Gleichstellung aller Berufsstände mit den Gewerkschaften im politischen Leben verlangt.

Der deutsche Geschäftsträger für Italien.

Berlin, 25. März. Zum Geschäftsträger des Reiches in Rom ist, nachdem Herr v. Lucius nicht die Zustimmung der italienischen Regierung gefunden hat, der Birk. Geh. Legationsrat Dr. Zahn ernannt worden. Er stammt aus der Konsulatskarriere wie jetzt viele unserer Diplomaten und war als Konsul auch in jüngeren Jahren in Genua tätig. Dann ist er lange Jahre im Auswärtigen Amt als Vortragender Rat beschäftigt gewesen und einige Zeit vor Ausbruch des Krieges als deutscher Vertreter in die Delle Publique nach Konstantinopel gekommen. In der letzten Zeit war er dann wieder im Auswärtigen Amt beschäftigt.

Cuba ratifiziert.

Berlin, 26. März. (W. B.) Amtlich. Nach einer Mitteilung der französischen Regierung hat Kuba den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert.

Vom kommenden Reichstagswahlgesetz.

Nürnberg, 26. März. Auf dem heute hier abgehaltenen demokratischen Parteitag traf eine Berliner Meldung aus Parteikreisen ein, nach der die einzige Aenderung, die das Reichstagswahlgesetz gegenüber den Bestimmungen für die Wahlen zur Nationalversammlung nach einem Beschluß des Seniorenkongresses aufweisen soll, in der Aufstellung einer Reichsnachwahlliste besteht, auf die die überschüssigen Stimmen aus den einzelnen Wahlkreisen angerechnet werden sollen.

Barrikaden in elässischen Städten.

Paris, 24. März. Schwere Unruhen sind, wie schon kurz gemeldet, im Elsass ausgebrochen. Namentlich in Kolmar, Mülhausen und Straßburg, wo vor einigen Tagen der Generalstreik ausgebrochen war. In der vergangenen Nacht wurde ein französisches Husarenregiment nach Straßburg aufgebötet, um die Menge zu zerstreuen. Die Menge hatte Barrikaden errichtet und plünderte die Hotels und Geschäftshäuser. Die Eisenbahnen, Bäder und Schlächtere schienen sich dem Streik angeschlossen zu haben. Das „Echo de Paris“ macht die Bemerkung, daß die Antifisten der Bewegung ausschließlich Deutsche seien und leitet diese Vermutung aus der Beobachtung ab, daß immer noch feldgraue Uniformen auf der Straße zu sehen seien. Tatsächlich ist die Bewegung durch die hochgradige Erregung der Arbeitermassen wegen der ungeheuren Forderung hervorgerufen worden.

Ende des Generalstreiks in Straßburg.

Zürich, 25. März. Nach Straßburger Meldungen Schweizer Blätter ist der Generalstreik heute durch Streikspruch beendet worden. Die Arbeit sei in allen Gewerben wieder aufgenommen worden.

Die deutsche Frage im Lichte des Huslands.

Eine Rede Barthous in der französischen Kammer.

Paris, 26. März. (W. B.) In seiner gestrigen Rede in der Kammer ging Barthou zu Beginn seiner Rede auf Deutschland und Rußland ein. Dann erklärte Barthou, daß das französische Volk nicht militäristisch sei, nachdem es 43 Jahre lang das gefällige und heiligste seiner Rechte geopfert habe, um nicht den Frieden zu zerstören. Frankreich besitze weder eine Diktatur der Bourgeoisie, noch eine Militärdiktatur. Die höchste Entscheidung sei der Kammer in die Hand gegeben. Barthou hebt dann gewisse Mängel des Friedensvertrages hervor und verlangt, daß das Minimum der in dem Vertrage enthaltenen Garantien auch angewendet werde. Er stellt fest, daß der Friedensvertrag Deutschland in einem Maße verpreußt habe, wie man es selbst nach 1871 nicht gelangt, und daß selbst Staaten wie Bayern keine diplomatischen Vertreter mehr besäßen. Der Vertrag habe die militärische und diplomatische Einheit Deutschlands gestiftet. Es sei jedoch eine Dummheit und eine Unmöglichkeit, Deutschland vernichten zu wollen. Er bestätigt die Notwendigkeit, Deutschland gegenüber eine Politik des Ausgleichs, wie der von ihm unterzeichnete Vertrag vorschreibt, anzuwenden, was unsere Pflicht sei, und in unseren Interessen liege. Die Alliierten haben durchaus nicht die Absicht, Deutschland zu erdroffeln, wenn es von seiner Eroberungspolitik abstellt. Die Alliierten wünschen, daß Deutschland von seiner Produktivität Nutzen ziehe wie andere Völker, jedoch unter der Bedingung, daß es die von ihm verursachten Schäden wieder gutmache. Barthou stellt dann fest, daß die Regierung, die den Vertrag im Namen Deutschlands unterzeichnete, alles tue, um sich der Ausführung zu entziehen, und bedauert andererseits, daß gewisse Alliierte zu Widerungen des Vertrages bereit seien.

Die deutsche Frage vor dem englischen Unterhaus

Amsterdam, 26. März. (W. B.) „Telegraaf“ meldet aus London: Aquith eröffnete gestern im Unterhaus die Debatte über die allgemeine Lage in Deutschland. Aquith besaßte sich dann mit der furchtbaren Lage in Oesterreich, wo die Krankenhäuser seit Monaten ohne Medizin, die Wohnungen ohne Brennstoff und die Kinder ohne Schutzwerk seien. Zum Schluß verwies Aquith auf die Notwendigkeit, den vormaligen Feinden, Deutschland einbezogen, wirtschaftlich auf die Beine zu helfen, damit sie in der Lage seien, die angerichteten Kriegsschäden zu vergüten. Clynes (Arbeiterpartei) schloß sich den Darlegungen Aquiths an. Er erklärte, die reaktionäre Bewegung in Deutschland habe bewiesen, wie gefährlich es sei, ein ganzes Volk ohne die notwendigen Lebensbedürfnisse zu lassen. Lloyd George ging ausführlich auf alle Punkte ein. Er sagte, es sei ein Glück,

und zwar nicht allein für Deutschland, daß der monarchistische Pakt mißglückt sei. Er führte aus, man habe Deutschland mehrmals mit Krediten geholfen. So lange aber keine Ruhe und Ordnung in diesem Lande herrsche, habe das keine Zweck. Im weiteren Verlauf seiner Rede setzte sich Lloyd George ausdrücklich für Frankreich ein, das diesen Krieg nicht gewollt, aber im Verhältnis mehr Schöne verloren habe, als alle anderen Staaten, das seine Industriegebiete verloren, und für seine Wiederherstellung trotzdem so viel bezahlen müsse, als wie Deutschland verpflichtet worden sei. Warum Frankreich aus reiner Menschenliebe seine Rechte auf Entschädigungen aufgeben sollte, ehe er nicht ein- Es bestehe gar kein Grund, dafür eine Revision des Friedensvertrages zu verlangen. Er sagte, dem Versailler Vertrag zufolge könnte Deutschland selbst die Festlegung des angemessenen Schadens und der Entschädigungssumme, die es zu vergüten imstande sei, vornehmen. Bisher habe Deutschland dies jedoch nicht getan. Es liege im Interesse aller, daß der Industrie Deutschlands wieder geholfen werde. Wenn Deutschland Kredit nötig habe, so solle es angeben, wie viel. Wenn die Sache Deutschlands gerecht sei, werde sie erwogen werden. Mit Bezug auf die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme erklärte der erste Minister, weder Frankreich noch Belgien würden irgend einem vernünftigen Vorschlag im Wege stehen, durch den Deutschland in die Lage versetzt werde, seinen rechtmäßigen Verantwortlichkeiten nachzukommen. Aber es müsse der klare Beweis bestehen, daß man die Absicht hat, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Berlin, 25. März. (W.B.) Zum deutschen Bevollmächtigten für das Abstimmungsgebiet in Oberschlesien ist der frühere Oberpräsident von Schlesien, Fürst von Hatzfeld, Herzog von Trachenberg, ernannt worden.

Ein deutsch-polnischer Zwischenfall.

Panitzsch, 26. März. (W.B.) Wie die Blätter melden, kam es gestern Abend am Bahnhof Hohenstein bei Dirschau zu einem Zwischenfall zwischen polnischen Soldaten und deutscher Gendarmen. Ein von Berent kommender Güterzug trug mit 45 polnischen Soldaten, die nach Dirschau wollten, unter Führung eines Offiziers in Hohenstein ein. Der Transport sollte eigentlich über Schöndorf-Polnisch-Stargard gehen, um nicht das Freistaatsgebiet zu berühren. Das polnische Heer hatte sich in die Warterräume begeben. Der Ortsgendarm sah, machte den polnischen Offizier auf das Waffenverbot für polnische Soldaten im Freistaatsgebiet aufmerksam. Der Offizier weigerte sich jedoch, dieser Aufforderung zu folgen, worauf sich ein Wortwechsel entspann, in dessen Verlauf es zu einer Schießerei kam. Der Gendarm wurde dabei schwer verletzt. Auf polnischer Seite wurden zwei Mann getötet und zwei Mann schwer verletzt. Inzwischen wurde vom Bahnhof Hohenstein Hilfe von der Sicherheitswehr in Panitzsch angefordert, die ein Kommando sofort nach Hohenstein entsandte. Auch der Bahnhof Dirschau erhielt telefonisch Kenntnis vom Vorfall. Von hier aus wurde ein Zug mit Sanitätsmaterial sowie zur Abholung des polnischen Militärs entsandt. Der Gendarm soll bereits gestorben sein. Die vorgenommenen amtlichen Feststellungen über die Schuldfrage sowohl von deutscher wie polnischer Seite sind noch nicht abgeschlossen.

Dorten erledigt?

An zuständiger Berliner Stelle ist man jetzt davon überzeugt, daß der rheinische Hochverräter Dorten nicht mehr von französischer Seite unterstützt wird. Dadurch gilt die Dorten-Bewegung als erledigt. Ferner wird mitgeteilt, daß die französische Regierung den französischen Kapitän Braunder als Leiter der industriellen Spionage gilt, abberufen habe.

Das Ende der „Sorre“ Briefmarken.

Saarbrücken, 25. März. Der Präsident der Regierungskommission hat folgende Verfügung erlassen: In nächster Zeit werden im Saargebiet Briefmarken ausgegeben werden, die den Ausdruck „Saargebiet“ tragen. Mit der Ausgabe der 3 Pfostwertzeichen, deren Erdruck bereits begonnen hat, wird baldmöglichst vorgegangen werden.

Bewahrung deutscher Kriegergräber in Belgien.

Berlin, 25. März. (W.B.) Aus Poellapelle erhielt der Volksbund für deutsche Kriegsgräberfürsorge die Nachricht, daß verschiedene deutsche Friedhöfe in der Umgegend von Poellapelle sich in einem derartigen Zustand befinden, daß man die Gräber nicht mehr erkennen kann. Der

Volksbund hat die amtlichen Stellen ersucht, auf die Wiederherstellung dieser Friedhöfe, deren Instandhaltung laut Friedensvertrag Sache der belgischen Regierung ist, fördernd einzuwirken. Er hat die Möglichkeit, durch ortsansässige Fachleute, die ihm behördlicherseits empfohlen sind, besondere Wünsche für die Pflege der Gräber zu vermitteln. Alle Mitteilungen sind an den Volksbund für deutsche Kriegsgräberfürsorge E. V., Charlottenburg 5, Königsplatz 30, baldmöglichst einzusenden, damit die Vermittlung rechtzeitig erfolgen kann.

Verstärkte Anschlussbewegung in Tirol und Salzburg.

Wien, 24. März. Es ist ein sehr erfreulicher Beweis des unverbrüchlichen Vertrauens, das Deutsch-Österreich in die Zukunft Deutschlands setzt, das trotz der gegenwärtigen Vorgänge im Reiche die Anschlussbewegung in Tirol und Salzburg verstärkt fortgeführt wird. Die Deutsche Demokratische Gemeinschaft Tirols fordert die Landesregierung zu nachdrücklicher und schneller Aktion in Wien auf, um der „auf das Selbstbestimmungsrecht begründeten Anschlussbewegung“ zum Erfolg zu verhelfen. Die freiwillige Abstimmung für den Anschluss nimmt immer größeren Umfang an. Ihr glänzendes Ergebnis hat den Bürgermeister von Salzburg bewogen, in der gestrigen Gemeinderatsitzung einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der Gemeinderat möge an den Landestrat mit dem Ersuchen herantreten, im ganzen Lande Salzburg eine Volksabstimmung in der Anschlussfrage vorzunehmen. Der Antrag wurde angenommen.

Die europäische Gefahr.

Amsterdam, 23. März. (W.B.) Englischen Blättern zufolge erklärte Churchill im Unterhause unter Beifall früher sei es die Stärke Deutschlands gewesen, die eine Gefahr für Europa gebildet habe, seit achtzehn Monaten bedeute jedoch die Schwäche Deutschlands eine Gefahr.

Neue Riesengeschütze.

London, 25. März. (W.B.) Im Unterhause fragte Lord Curzon, ob die Regierung auf die Erfindung eines Geschützes mit einer Tragweite bis zu 150 Meilen aufmerksam gemacht worden sei, ob die französische Regierung das Patent bereits erworben habe, und was die Regierung in dieser Sache zu tun gedenke. Lloyd George erwiderte, daß das Kriegsministerium sich in dieser Sache bereits mit der französischen Behörde in Verbindung gesetzt habe. Die Verhandlungen würden fortgesetzt.

Sowjet-Rußland.

Berlin, 26. März. Laut „Central News“ verspricht Witwinow, sofort die ganze russische Armee zu entlassen und abzurufen, sobald die bewaffnete Bedrohung durch Westeuropa nicht mehr bestehe. Er verlangt Freiheit der Entwicklung für die Sowjetrepublik, ein Ententeversprechen, daß keine weitere Intervention stattfinden werde, und verlangt die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen. Er verspricht die Abrüstung der Roten Armee, wenn die Existenz der Räterepublik sichergestellt sei; außerdem sagt er die Anerkennung der russischen Staatsschuld zu mit Inbegriff der Zinsen, die fällig waren. Wätscherin hat eine für die tschechoslowakischen Streitkräfte bestimmte Erklärung abgegeben. Er sagt darin, daß die Sowjetregierung keineswegs die Absicht habe, bis zum Stillen Ozean vorzudringen. Die Bolschewisten hätten alles aus Sibirien geholt, was sie von dort erhofft hätten und seien zur Räumung bereit, obwohl die fünfte Armee vollkommen in der Lage sei, die gesamten japanischen Streitkräfte aus Transbaikalien zu vertreiben. Es heißt, daß ein neuer Staat Transbaikalien in Bildung begriffen sei.

Eine bolschewistische Frühjahrsoffensive?

Paris, 26. März. Wie „Holl. Nieuws-Buro“ erfährt, haben die Bolschewiken an verschiedenen Punkten der polnischen Linie in einer Ausdehnung von 400 Meilen Angriffe unternommen. Offenbar ist dies, so bemerkt das genannte Büro, die Einleitung der Frühjahrsoffensive der Sowjetregierung. Bis jetzt sind jedoch die Erfolge sehr gering gewesen, da die Polen sich überall behaupten.

16 000 Mann an der Kaukasusfront erstickt.

Amsterdam, 25. März. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Einem dröhnenden bolschewistischen Bericht von der Kaukasusfront zufolge sind etwa 16 000 feindliche Truppen in den Städten erstickt.

Eine internationale Kreditberatung.

Kopenhagen, 26. März. (W.B.) Wie „Tidens Tegn“ in Kristiania erfährt, wird Ende dieses Monats in Kopenhagen die vorbereitende Konferenz über eine Kredit-

gewährung an Mitteleuropa stattfinden, an der Vertreter der dänischen, schwedischen und norwegischen Regierung sowie der Direktor des englischen Kreditwesens, Sir William Goschen, teilnehmen.

Demobilisierung in Serbien.

Paris, 25. März. (W.B.) Nach einer Havasmeldung aus Belgrad ist das Dekret der allgemeinen Demobilisierung gestern Abend unterzeichnet worden.

Aufstandsbewegung in Japan.

Kopenhagen, 23. März. Die Pefinger Zeitung „Detting Leader“ veröffentlicht eine Reihe aufsehenerregender Codelegramme, die die Wirkung der Aufstandsbewegung in Japan schildern. Gewiß ist noch nicht, ob die Unruhen das ganze Land umspannen, oder auf die Hauptstadt begrenzt sind. Anzeichen sind die Soldaten an dem Entstehen der Unruhen beteiligt. Der Fall des Kabinetts soll unmittelbar bevorstehen.

Stadtverordnetenversammlung vom 27. März 1920.

Anwesend vom Magistrat: Bürgermeister Dr. Krümmen, Heppel und Horn und die Schöffen Brück, Gottschalk, Gehlhoff, Dr. Horn und Stierstädter. Vom Kollegium 2 Stadtverordnete.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wurde ein Antrag Rosenkhal, die Sitzungen nicht an Samstagen abzuhalten, abgelehnt.

Punkt 1. Referent: Stadtv. Laibach. Auf dem baldiger Zeit stattfindenden nassauischen Städtetag hat die Stadt vier Stimmen, zwei aus dem Magistrat und zwei aus dem Stadtverordnetenkollegium. Als Vertreter des Kollegiums werden die Stadtv. Flügel und Wicher vorgeschlagen und gewählt.

Punkt 2. Referent: Stadtv. Lauwarth. Der Etat für wie in allen Städten, infolge der fortgesetzten Mehrausgaben durch die Teuerung eine Verringerung eintreten. Der Magistrat beantragt zur Deckung der laufenden Ausgaben die Bewilligung eines Zwölftels des Haushaltsplanes für 1920 — Angenommen.

Punkt 3. Referent: Stadtv. Lauwarth. Der Magistrat beantragt die vorläufige Weiterbewilligung der laufenden Teuerungszulagen für Beamte und Angestellte bis zur Durchführung der Gehaltsreform.

Auf eine Anfrage des Stadtv. Lauwarth teilt Bürgermeister Dr. Krümmen mit, daß die Teuerungszulagen die die Oberlehrer mit einbegriffen sind.

Stadtv. Roth bittet auch die 150prozentigen Teuerungszulagen gleich mit zu bewilligen.

Stadtv. Roth hat hiergegen rechtliche Bedenken und wendet sich gegen die Beschlußfassung über Anträge, die die Vorbereitung durch Magistrat und Kommission erfordern haben.

Stadtv. Roth kritisiert die Arbeit in den Kommissionen als oberflächlich. Der Vorwurf wird von Stadtv. Roth als unbegründet zurückgewiesen. Bürgermeister Krümmen und die Stadtv. Flügel und Lauwarth wenden sich gegen den Antrag Roth. Stadtv. Wicher weist nach, daß der Antrag Roth aus Gründen der Geschäftsordnung unzulässig ist. Darauf wird der Magistratsantrag angenommen.

Punkt 4. Referent: Stadtv. Busch. Einige Beamte haben die Anrechnung früherer Dienstzeiten für die ruhehaltfähige Dienstzeit im Falle der Versetzung in den Ruhestand beantragt. Der Magistrat bittet, die Berechnung der Stadtgemeinde zur Nachzahlung der für die Anrechnung zu erhebenden Beträge auszusprechen. — Wird bewilligt.

Punkt 5 und 6. Referent: Stadtv. Michels. Es sind durch sachliche Neuanfassungen und die Verteuerung von Licht und Brand außerordentliche Bedarfszuschüsse in die Mädchen- und die gewerbliche Fortbildungsschule notwendig geworden. In der Mädchenfortbildungsschule steigen die Ausgaben den Vorschlag von 1920.

Kerner soll die Stadt ein Drittel der 150prozentigen Teuerungszulagen für die Mädchenfortbildungsschule zu bewilligen. Der Vorschlag von 1920 soll in Höhe von 1080 Mark tragen. Für die gewerbliche Fortbildungsschule ist ein Zuschlag von 3429,38 Mark notwendig, außerdem soll der für das Jahr 1919 bewilligte Zuschlag von 2500 Mark in einen endgültigen Zuschlag verwandelt werden.

Bei der Erledigung der vorbereitenden Arbeiten wird sich erneut die Frage nach den finanzrechtlichen Grundlagen der gewerblichen Fortbildungsschule auf. Die Stadt hat die moralische Verpflichtung zur Tragung der Kosten der Schule, dafür hat sie aber nicht den ihr gebührenden Zuschlag.

Ein anderer wurden ihr totes Herz wieder zum Leben wecken können.

Er begleitete sie hinab bis an den Wagen. Dort ließ er ihre Hand, hob sie hinein und sah dem Wagen nach, bis er um die Ecke bog.

Zwei schwarze Augen beobachteten ihn, ohne daß er es ahnte, mit funkelnder Eifersucht aus einem zweiten Wagen, der jenem Serenas in gemessenem Abstand dann um die Ecke folgte.

Als Serena in Währung ausstieg, stand dieser Wagen bereits am Gitter des Gartens, in dem Frau von Burgs Atelier stand.

Unter den Bäumen trat ihr Sendthausen entgegen. „Ein Wort, gnädige Frau.“

Serena maß den „spanischen Granden“ von oben unten.

„Ich muß Sie bitten, Herr Baron, meinen Weg wieder zu kreuzen.“

Er lächelte. Er hatte noch einen Trumpf.

„Und der junge Mann, der vor einer Viertelstunde zärtlich Abschied von Ihnen nahm, der darf Ihnen auch kreuzen? Um seinetwillen bekomme ich wohl den Abschied.“

Aber — Madonna Serena — ich —

„Bitte, geben Sie den Weg frei!“

Er trat unwillkürlich beiseite, so herrlich war ihr Blick und so voll eiligen Hochmutes ihr Blick.

Serena verschwand im Pavillon.

Sendthausen starrte ihr nach. So königlich sah ihm noch keine Frau den Abschied gegeben und so schön so beruhend, märchenhaft schön wie sie war keine er wies —

Sie nicht mehr sehen? Ihren Weg nicht mehr kreuzen? Bah — und wenn er nicht anders Gnade fand, dann lieber hastig wandte er sich um und schritt zu seinem Automobil.

Rückwärts blickte er erst sein Automobil am Rauschhaus abholen, das er dort zurückgelassen hatte, um Serena Aufmerksamkeit bei der Verfolgung nicht zu erwecken.

Und nach einigen Tagen, wenn der erste Eindruck wüßte war, wollte er versuchen, Serenas Verzeihung zu langen.

Fortsetzung folgt.

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Gehenstein.

22) (Nachdruck verboten.) Albrecht mußte doch etwas darüber wissen, darum fuhr sie zu ihm. War er nicht zu Hause, dann würde sie einfach warten, bis er käme.

Aber Albrecht war zu Hause. Bestürzt sprang er vom Schreibtisch auf, an dem er Schularbeiten korrigiert hatte, als Serena eintrat.

„Serena du? — Du kommst zu — mir?“

„Ja, Albrecht.“ Sie zitterte vor Erregung, und ihre dunklen Augen leuchteten. „Du mußt es wissen — ich war im Künstlerhaus, da sind Bilder von Johannes Maikott. Und meiner Mutter Name steht auch darunter — Albrecht, begreiffst du? Sei barmherzig — mein Vater — lebt denn mein Vater noch?“

Albrecht starrte sie verwirrt an. Dann sagte er leise:

„Ja, Serena, er lebt.“

Sie sank auf einen Stuhl und brach in Tränen aus. „Er lebt — er lebt — und niemand hat es mir gesagt. Niemand.“

Er wollte sie trösten, streichelte ihre Hände, ihr Haar, seine Stimme bebte, als hielt er selbst nur mühsam die Tränen zurück.

„Liebe Serena — Schwesterchen — weine doch nicht —“

Sie ließ ihn zurück.

„Geh — du hast behauptet, mich zu lieben und doch geschwiegen! O, Albrecht, um wieviel hast du mich betrogen! So einfach war meine Jugend, so liebevoll — und ich hätte ein Vaterhaus haben können! Arme, in die ich mich hätte flüchten können. Statt dessen von keinem verstanden, schußlos, verlassen, laßt Ihr mich durch die Welt taumeln.“

Alles, was ihr junges Herz bedrückte seit sie denken konnte, brach in dieser Stunde mit elementarer Gewalt heraus.

Albrecht war ans Fenster getreten und starrte hinaus. Die Augen waren ihm naß, das Herz klopfte zum Bersten.

Hatte sie denn nicht recht? Arme Serena! So jung und einsam. —

Lange blieb es still. Nur Serenas leises Schluchzen und das Ticken der Uhr am Schreibtisch belebte den Raum.

Endlich stand Serena auf. Die weiße Lieblingstiefe der „Korone“ war aus ihrem Gesicht verschwunden, ein bitterer, fast harter Zug entstellte es.

„Sage mir alles! Ich habe ein Recht, es zu wissen. Warum habt Ihr geschwiegen?“

„Ich weiß es nicht, Serena. Gar nichts weiß ich, so wahr ich dich liebe wie ein Bruder! Mama sprach einmal mit Papa von deinem Vater, und ich hörte es zufällig — das ist alles. Wohl fragte ich sie nachher, aber sie wies mich barsch zurück und verbot mir, je wieder davon zu sprechen. Es wäre für dich ein Unglück, wenn Du davon wüßtest, sagte sie. Und darum, Serena, darum allein schwieg ich auch später zu dir darüber.“

„Wußte mein Mann, daß mein Vater lebt?“

„Ich glaube wohl. Anlässlich der Eheschließung mußte man es ihm doch sagen.“

„Und er hat auch geschwiegen!“

„Liebe Serena, willst du, daß ich nach Schlossstadt fahre und Mama frage? Es tut mir so leid jetzt, daß ich schwieg — ich möchte alles tun, um dir zu helfen.“

Serena reichte ihm die Hand.

„Nein, Albrecht, ich danke dir. Aber nicht du — ich werde sie fragen. Morgen fahre ich nach Schlossstadt. Nein — morgen kann ich nicht — aber in drei oder vier Tagen.“

Er sah sie unsicher fragend an.

„Hast du an Tante Rumm geschrieben, Serena?“

„Ja.“

„Und — und Richard? Ist er —“

Serenas Antlitz wurde steinern.

„Nein. Zwischen ihm und mir ist alles aus. Wenn du mich lieb hast, Albrecht, dann frage nicht mehr um das. Ich — ein weises Jüden in ihrem bleichen Gesicht.“

„Ich habe nun nur noch meine Kunst — und — meinen Vater.“

Schwiegend begleitete er sie selbst an Tür. Bittere Gedanken kreuzten sich in seinem Kopf. Nun war sie also doch wieder frei geworden. Und nicht mehr blind. Und würde vielleicht eine große Künstlerin werden. Aber die Hoffnungen, die er einst am Schlossstäder Bahnhof auf eine solche Wendung gesetzt hatte, waren längst begraben. Nicht er, nicht

